

# Windkraft? Nein, danke!

In Deutschland stehen rund 30 000 Windkraftanlagen – und es sollen mehr werden. Skeptische Bürger wollen das verhindern. Sie vernetzen sich bundesweit, üben Druck auf die Politik aus und klagen Windräder vor ihrer Haustüre weg.

27.12.2018, 05:30 Uhr

**Für manche ein Symbol des Fortschritts, für andere Teufelszeug: Deutschland setzt weiter auf Windturbinen, doch zahlreiche Bürgerinitiativen machen dagegen mobil. (Bild: Nick Oxford / Reuters)**

Aus Sicht der Skeptiker begann das Übel vor ziemlich genau 28 Jahren. Damals beschloss Deutschland, erneuerbare Energien per Gesetz zu privilegieren. Seitdem gilt eine staatlich zugesicherte Mindestvergütung für Strom aus Sonne und Wind. Das Landschaftsbild hat sich dadurch vielerorts verändert. Eine längere Autofahrt durch die Bundesrepublik führt unweigerlich an Dutzenden Windrädern vorbei. «Auf dem Land ist fast jede Kommune davon betroffen», sagt Nikolai Ziegler. Er ist Vorsitzender von Vernunftkraft, dem Dachverband der Windkraftgegner. Laut Ziegler gibt es in Deutschland mehr als 1000 Bürgerinitiativen, die gegen die Windenergie mobil machen. Mehr als 900 davon seien bei Vernunftkraft vertreten. Die Mitglieder der zwölf Landesverbände von Vernunftkraft trafen sich im Dezember zur Jahresversammlung in Berlin. Sie eint der Wunsch, weitere Windturbinen zu verhindern.

Die Grundidee hinter dem Bündnis war simpel. Man fasste die stärksten Argumente gegen Windkraft zusammen und machte sie öffentlich zugänglich. Ausserdem mischen sich die Mitglieder in die Politik ein und sind etwa beim FDP-Parteitag vertreten, demonstrieren während der Koalitionsverhandlungen vor der SPD-Zentrale oder verleihen den «goldenen Schwachwindbeutel» an Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. Prominentester Unterstützer von Vernunftkraft war der dieses Jahr verstorbene Dirigent Enoch Freiherr zu Guttenberg – Vater des ehemaligen Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg. Der Dirigent hielt zweieinhalbstündige Vorträge gegen die Windkraft, um dem «falschen Zeitgeist die Zähne zu zeigen».

## **Für die Stromversorgung ungeeignet?**

Aber wo liegt eigentlich das Problem mit der Windenergie? «Ganz einfach: Windräder sind für die Stromversorgung a priori ungeeignet», sagt Detlef Ahlborn. Der promovierte Ingenieur ist bei Vernunftkraft für technische Themen zuständig und beantwortet Nachfragen nicht mit naturwissenschaftlicher Nüchternheit, sondern mit glühender Gegenrede. «Vorträge von Detlef enden meist mit Schuppen, die von den Augen fallen und danach aus dem Saal gekehrt werden müssen», sagt Ziegler über seinen Mitstreiter. Für Ahlborn lässt sich die Crux der Windenergie mit nur einem Begriff auf den Punkt bringen: «Zappelstrom», also Strom, der mal da ist und mal nicht da ist. Im Gegensatz zu konventionellen Kraftwerken können Windturbinen kaum zuverlässig Strom liefern. Bei Flaute oder schwachem Wind erzeugen sie viel zu wenig Strom. Von einem Windstillstand können fast alle Anlagen in Deutschland betroffen sein. Das gleiche gilt für Photovoltaikanlagen an grauen Wintertagen oder nachts. Bei Vernunftkraft ist man daher überzeugt, dass Wind- und Sonnenenergie niemals eine sichere Stromversorgung gewährleisten können.

Im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sieht man das anders. Die Phasen, in denen Sonne und Wind kaum Strom liefern, würden nur sehr selten auftreten. Zwar werde man weiterhin konventionelle Kraftwerke benötigen, allerdings halte man eine nahezu vollständige

Umstellung des Stromsystems auf erneuerbare Energien für möglich, teilte ein Sprecher auf Anfrage mit. Deutschland hat mittlerweile rund 30 000 Windräder installiert, und es sollen noch mehr werden.

Unter dem vieldiskutierten Begriff der Energiewende hat sich die Regierung ehrgeizige Ziele gesetzt. So soll etwa bis zum Jahr 2020 der Ausstoss von Treibhausgasen um 40 Prozent sinken – im Vergleich zum Jahr 1990. Nikolai Ziegler kritisiert nicht nur die dafür vorgesehenen Massnahmen, sondern auch den Begriff an sich, denn eigentlich gebe es keine Energiewende. Strom macht ein Fünftel des gesamten Energiebedarfs in Deutschland aus. Etwa ein Drittel des Stroms liefern die erneuerbaren Energien. «Wir reden daher von einem Drittel eines Fünftels, und das ist dann relativ unbedeutend», sagt Ziegler, der als promovierter Volkswirt eine Beamtenlaufbahn eingeschlagen hat.

## **Der Verband teilt sich in zwei Lager**

Bei der Jahresversammlung von Vernunftkraft steht er im Tagungsraum eines Berliner Hotels vor knapp zwei Dutzend Mitstreitern. Die meisten davon sind männlich und in der zweiten Lebenshälfte. Manche tragen Anzug, andere Karohemd und alle eint die Wut auf die Windkraft. Sie reden von «Windmüllern» und «Naturfrevlern», die Deutschlands Landschaft «schänden» würden. Viele hier haben einen naturwissenschaftlichen Hintergrund. In einer Broschüre listet der Verband 24 Mitglieder als Ansprechpartner auf, von denen fast die Hälfte einen Professorentitel trägt. Der Verband teilt sich in zwei Lager: Die einen sind aus Prinzip gegen Stromerzeugung aus Wind, die anderen sind direkt von Windkraftanlagen in ihrer Umgebung betroffen.

Ein Paradebeispiel dafür ist Heinz-Christian Gresens. Er lebt auf einem freistehenden Anwesen in Lamstedt/Mittelstenahe im Bundesland Niedersachsen. Nicht weit davon entfernt stehen 13 Windturbinen. Vor ein paar Jahren waren es noch 17, doch Gresens konnte sich gegen mehrere Anlagen juristisch zur Wehr setzen. Dabei erwies sich der Denkmalschutz für sein Anwesen als Trumpfkarte. Nach einem 15-jährigen Rechtsstreit

entschied das Oberverwaltungsgericht Lüneburg schliesslich: Drei Windräder müssen wieder abgebaut werden, weil sie den Denkmalschutz beeinträchtigen. Ein weiteres Windrad konnte Gresens bereits im Jahr 2012 wegklagen.

## **Unpopuläre Ansichten**

Solche Episoden können nicht über den schweren Stand von Vernunftkraft hinwegtäuschen, denn dort vertritt man die eher unpopuläre Meinung, Strom müsse weiterhin aus konventionellen Kraftwerken kommen. Ziegler sieht vor allem in Gaskraftwerken Potenzial. Diese seien künstlich unrentabel gemacht worden. Wenn man die gesetzlich verankerte Mindestvergütung für erneuerbare Energien abschaffe, könnten sich Gaskraftwerke wieder lohnen, sagt er.

Vernunftkraft fordert deshalb, Strom aus erneuerbaren Energien nicht weiter gesetzlich zu bevorzugen. Zudem fordert man, ein Moratorium für den Ausbau der Windkraft zu verhängen und ein Ende der baurechtlichen Privilegien für Windräder. Diese Forderungen decken sich teilweise mit Gutachten des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Eine politische Mehrheit dafür ist allerdings nicht in Sicht. AfD und Teile der FDP halten die Energiewende zwar für einen Irrweg, werden die Bundesregierung aber kaum hindern können, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Deutschland bleibt also mit der Energiewende weiter auf dem Weg ins Ungewisse.

## **Newsletter International**

Bleiben Sie mit unserem Newsletter auf dem Laufenden. Die internationalen News mit Analysen und Reportagen von NZZ-Korrespondenten aus aller Welt erhalten Sie Montag bis Freitag um 17 Uhr in Ihr Postfach. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)